

Bonn, den 4. Februar 2023

DPVKOM weitet Warnstreiks bei der Deutschen Post aus!

Bis zum 7. Februar 2023 wird es bei der Deutschen Post zu weiteren Warnstreiks kommen. So hat die Fachgewerkschaft DPVKOM bereits gestern Abend (3. Februar) die Beschäftigten in den Briefzentren der Niederlassungen Betrieb Dortmund und Düsseldorf dazu aufgerufen, die Arbeit niederzulegen. Heute Morgen werden die Warnstreiks zusätzlich auf die Niederlassungen Betrieb Bonn, Duisburg, Essen, Herford, Köln West und Münster ausgeweitet, sodass alle nordrhein-westfälischen Niederlassungen der Deutschen Post vom Warnstreik betroffen sind. Dann werden mehrere Hundert Beschäftigte von Briefzentren und aus dem Bereich der Brief- und Paketzustellung für die Forderungen der DPVKOM streiken. Der mehrtägige Streik endet am 7. Februar.

Außerdem findet am Samstag, dem 4. Februar, in Essen eine große Streikkundgebung der DPVKOM mit rund 400 Teilnehmenden statt. Die streikenden Postlerinnen und Postler treffen sich gegen 11:00 Uhr am Hirschlandplatz und ziehen dann durch die Essener Innenstadt zum Flachsmarkt. Dort ist um 12:00 Uhr die Abschlusskundgebung.

Mit diesen erneuten Warnstreiks wollen die Beschäftigten und die DPVKOM den Druck auf den Arbeitgeber nochmals erhöhen. Sie erwarten in der laufenden Tarifrunde ein Angebot, das die hervorragende Arbeit aller Beschäftigten in den zurückliegenden Jahren finanziell anerkennt. Gerade die Beschäftigten in den unteren Entgeltgruppen, dazu zählen die Mitarbeitenden in den Brief- und Paketzentren, im Transportbereich und auch in der Zustellung, leiden unter den hohen Preissteigerungen für Lebensmittel und Energie und brauchen deutlich mehr Geld im Portemonnaie. Die DPVKOM fordert 12 Prozent mehr Entgelt, eine Mindest-erhöhung der Monatsentgelte der unteren Entgeltgruppen um 500 Euro bei einer Laufzeit von 12 Monaten sowie eine Höhergruppierung bestimmter Beschäftigtengruppen. Diese hohe Entgeltforderung ist vollauf gerechtfertigt. Die Deutsche Post zählt zu den Gewinnern der Corona-Pandemie und steht mit einem prognostizierten Ergebnis von 8,4 Milliarden Euro vor ihrem bislang besten Geschäftsjahr. „Der Deutschen Post kommen mittlerweile die Gewinne aus den Ohren heraus. Gleichzeitig sollen sich die Beschäftigten mit geringen Lohnsteigerungen zufriedengeben. Das ist eine Sauerei und respektlos gegenüber den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die den Laden am Laufen halten“, so die DPVKOM-Bundesvorsitzende Christina Dahlhaus.

Zusätzlich zu der Entgeltforderung fordert die DPVKOM die Deutsche Post auf, zeitnah die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte steuer- und sozialabgabenfreie Inflationsausgleichsprämie von 3.000 Euro auszus zahlen, und zwar unabhängig von einer tariflichen Erhöhung der Entgelte.